



Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Robert-Schuman-Stiftung wünschen Ihnen ein frohes neues Jahr 2012!

## Bilanz zur Halbzeit der 7. Legislaturperiode des Europäischen Parlaments



Autoren: : Charles de Marcilly, Pierre Thibaudat, Jan Wilker

Die siebte Wahlperiode des Europäischen Parlaments (2009 - 2014) ist bereits zur Hälfte abgelaufen. Die Stimmung in der Mitte des Mandats ist geprägt von dem entscheidenden Willen, Lösungen für die Krise zu finden und noch pro-europäischer und proaktiver zu handeln. Die aktuellen Gegebenheiten zwingen die Abgeordneten zu einer weiteren Konzentration ihrer Handlungen. Die Aktivitäten scheinen weniger zerstreut als in der vorherigen Legislaturperiode, wodurch eine höhere Effizienz in der Bearbeitung erreicht wird. Die Ausschussarbeit war erfolgreich und hat sich als unerlässlich für die Ausarbeitung von Kompromissen erwiesen. Nach außen konnte während der Parlamentswochen ein Bild der Geschlossenheit und des Zusammenhalts erreicht werden, insbesondere gegenüber anderen Institutionen und bei interinstitutionellen Verhandlungen.

[Fortsetzung](#)

Zusammenfassung

**Neuigkeiten** : Europarat - Internet **Wahlen** : Kroatien **Finanzkrise** : EFSF - Deutschland - Belgien - Spanien - Frankreich - Italien - Portugal  
**Kommission** : Solidarität - Ungarn **Rat der Europäischen Union** : Umwelt **EZB** : Euro - Direktorium **Deutschland** : Ernennung - Deutsch-französische Zusammenarbeit  
**Dänemark** : Präsidentschaft **Spanien** : Verteidigung **Frankreich** : Sarkozy/Monti  
**Griechenland** : Parlamentswahlen **Ungarn** : Verfassung **Italien** : Sparpläne  
**Lettland** : Referendum **Slowenien** : Grenzen - Regierung **Weißrussland** : Internet  
**Bosnien-Herzegowina** : Regierung **Kroatien** : Regierung **Russland** : Demonstrationen  
**Schweiz** : Präsidentin **Ukraine** : Asyl **OSZE** : Präsidentschaft **Eurostat** : Inflation - Arbeitslosigkeit **Eurobarometer** : Krise **Berichte/Studien** : G20 - Föderalismus  
**Kultur** : Ausstellung/Rom - Ausstellung/Berlin - Hauptstädte

## Neuigkeiten :

### Die Zukunft des Europarates vor dem Hintergrund seiner 60jährigen Erfahrung



Der Abschlussbericht des Kolloquiums vom 8. November, das die "Zukunft des Europarates" thematisierte und von der Robert Schuman Stiftung und der französischen Delegation der parlamentarischen Versammlung des Europarates veranstaltet wurde, ist ab sofort in elektronischer Form verfügbar. Er wird demnächst auch in gedruckter Form erhältlich sein... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

### Freiheit im Zeitalter des Internets



Die Robert Schuman Stiftung veröffentlicht auf ihrer Internetseite die Zusammenfassung der Inhalte der Konferenz zum Thema "Freiheit im Zeitalter des Internet", die im Palais du Luxembourg stattfand... [Fortsetzung](#)

## Wahlen :

### Referendum in Kroatien am 22. Januar über EU-Beitritt



Am 9. Dezember 2011 unterzeichnete Kroatien in Brüssel das Abkommen zum Beitritt zur Europäischen Union. Am 1. Dezember stimmte das europäische Parlament mit 564 Ja-Stimmen bei 38 Gegenstimmen und 32 Enthaltungen dem Beitritt zu. Am 22. Januar werden die Kroaten per Referendum über den Beitritt ihres Landes zur EU entscheiden. Das Referendum am 22. Januar ist das 2. in der Geschichte des Landes. Es gibt kein Mindestquorum, das erreicht werden muss, um zu einer bindenden Entscheidung zu kommen. Nach letzten Meinungsumfragen werden 58% der Kroaten für den Beitritt stimmen, 23% sprachen sich gegen einen Beitritt aus. Über 60% der Befragten gaben an, "sicherlich" zur Abstimmung zu gehen und 11% gaben an, "wahrscheinlich" am Referendum teilzunehmen... [Fortsetzung](#)

## Finanzkrise :

### EFSF zahlt 3 Milliarden Euro an Irland und Portugal aus



Der europäische Stabilisierungsfonds EFSF gab am 5. Januar 2012 bekannt, 3 Milliarden Euro an Irland und Portugal auszahlen zu wollen. Es handelt sich um die erste Auszahlung der kommenden 3 Jahre. Der EFSF verfügt über Kapazitäten in Höhe von 440 Milliarden Euro, er dient dazu, Liquidität herzustellen durch entsprechende Garantien der Staaten der Eurozone und das Geld den Staaten zur Verfügung zu stellen, die sich in Schwierigkeiten befinden, wobei diese hierfür niedrigere Zinsen zahlen müssen als bei Krediten durch die Finanzmärkte... [Fortsetzung](#)

### Deutschland: niedrigste Arbeitslosenquote seit 20 Jahren



Nach neuesten Zahlen, die die Agentur für Arbeit am 3. Januar veröffentlicht hat, gab es in Deutschland im Jahr 2011 durchschnittlich 2,976 Millionen Arbeitslose, womit der niedrigste Wert seit 1991 erreicht wurde - mit 263 000 Arbeitslosen weniger als im Jahr 2010. Die Arbeitslosenquote ging 2011 um 0,6 Prozentpunkte zurück und betrug damit durchschnittlich 7,1%... [Fortsetzung](#)

### Belgien kürzt Ausgaben um mehr als 1 Milliarde Euro



Belgien will seine Ausgaben "im Laufe der nächsten Monate" um mehr als eine Milliarde Euro kürzen, um den Forderungen der Europäischen Kommission nachzukommen, wie der belgische Haushaltsminister Olivier Chastel am 7. Januar 2012 mitteilte. Die Europäische Kommission hat die Regierung Belgiens bezüglich des Haushaltsentwurfs für 2012 unter Beobachtung gestellt, da das von der Regierung von Elio Di Rupo prognostizierte Defizit als zu optimistisch angesehen wird. Die Kommission forderte die belgische Regierung in einem Schreiben dazu auf, weitere 1,2 bis 2 Milliarden Euro einzusparen. "Die Kommission hat uns die Wahl gelassen zwischen neuen Maßnahmen, die sofort an einem Wochenende entschieden werden

sollten und 1,2 Milliarden bringen sollten, dies haben wir abgelehnt, und der Einsparung von Ausgaben bezogen auf mehrere Monate, diese Möglichkeit haben wir gewählt", erklärte Olivier Chastel... [Fortsetzung](#)

### Arbeitslosigkeit in Spanien erreicht neuen Höchststand



Die für den Bereich Arbeit zuständige spanische Staatssekretärin Engracia Hidalgo gab am 3. Januar einen Anstieg der Arbeitslosigkeit im Laufe des Monats Dezember 2011 bekannt. Insgesamt waren zu diesem Zeitpunkt in Spanien 4 422 359 Menschen arbeitslos gemeldet... [Fortsetzung](#)

### Anstieg von Arbeitssuchenden in Frankreich



Nach neuesten Zahlen, die das französische Ministerium für Arbeit, Beschäftigung und Gesundheit am 26. Dezember veröffentlichte, waren Ende November 2 844 800 Personen arbeitslos gemeldet. Im Vergleich zu Ende Oktober ist ein Anstieg von 1,1% zu verzeichnen, womit ein neuer Rekord und die höchste Arbeitslosenquote seit 1999 erreicht wird; bezogen auf ein Jahr beträgt der Anstieg 5,2%... [Fortsetzung](#)

### Italien: extremer Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit



Das nationale Statistikbüro Italiens hat am 5. Januar aktuelle Zahlen zur Arbeitslosigkeit im November 2011 veröffentlicht, die einen rasanten Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit zeigen. Für die 15-24-jährigen steigt die Arbeitslosenquote auf 30,1% an, was einen Anstieg um 0,9 Prozentpunkte im Vergleich zu Oktober 2011 bedeutet und um 1,8 Prozentpunkte bezogen auf das gesamte Jahr. Dies entspricht der höchsten Arbeitslosenquote seit Januar 2004. Ohne Altersunterscheidung beträgt die nationale Arbeitslosenquote für November 2011 8,6%, was einen Anstieg um 0,1% im Vergleich zu Oktober 2011 bedeutet... [Fortsetzung](#)

### Portugal: Finanzplan für 2012



Das portugiesische öffentliche Institut zur Kreditverwaltung (IGCP) veröffentlichte am 29. Dezember 2011 den öffentlichen Finanzplan für 2012. Nach Schätzungen des Instituts wird der Nettobedarf des Staates im Jahr 2012 einen Betrag in Höhe von 17,4 Milliarden betragen. Die notwendige Summe wird für Portugal aus dem EU-IWF-Hilfsprogramm erhalten und aus kurzfristigen Staatsanleihen über die privaten Märkte... [Fortsetzung](#)

## Kommission :

### 2012: Europäisches Jahr für Solidarität zwischen den Generationen



2012 ist das europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen. Dies gibt Anlass zu einer Vielzahl an Projekten in den unterschiedlichsten Bereichen: Beschäftigung, Verkehr, Gesundheit, Wohnen und Betreuung. Angesichts der steigenden Lebenserwartung innerhalb Europas und der besseren gesundheitlichen Situation älterer Menschen möchte das europäische Jahr dazu motivieren, sich mit den daraus entstehenden Perspektiven zu beschäftigen... [Fortsetzung](#)

### Ist die neue Verfassung Ungarns mit europäischem Recht vereinbar?



Die europäische Kommission hat angekündigt, demnächst prüfen zu lassen, ob die neuen Regelungen der ungarischen Verfassung und die Reformen der ungarischen Zentralbank mit europäischem Recht vereinbar sind. Die größten Bedenken der Kommission bestehen in Bezug auf die Unabhängigkeit der nationalen Richter, wie auch in der Unabhängigkeit der Zentralbank, die durch die neuen Regelungen beschränkt wird. Die neuen Regelungen könnten elementaren Vorgaben in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Grundrechten der Europäischen Union entgegen stehen, wie sie in Artikel 7 des Vertrags der Europäischen Union enthalten

sind... Fortsetzung

#### Rat der Europäischen Union :

Die 27 Umweltminister der Union verstärken den Einsatz zur Erhalt der biologischen Vielfalt (Biodiversität)



Am 19. Dezember diskutierten die 27 Umweltminister der Union über den Richtlinienvorschlag zur Regelung schwerer Unfälle in Verbindung mit gefährlichen Substanzen. Darüber hinaus wurden Beschlüsse gefasst zur Stärkung der Biodiversitätsstrategie und zum Schutz von Flora und Fauna. Die Minister besprachen ebenso den Vorschlag der Kommission zu einem Fahrplan für einen effizienten Einsatz der Mittel der Europäischen Union, dessen Bedeutung aufgrund der wirtschaftlichen Beschränkungen während der Krise offensichtlich ist... [Fortsetzung](#)

#### EZB :

Feierlichkeiten anlässlich des 10jährigen Jahrestages der Einführung des Euro



Am 1. Januar 2012 jährt sich die Einführung des Euro zum 10. Mal. Zwar wurde der Euro bereits 1999 als elektronisches Zahlungsmittel eingeführt, jedoch konnten die Bürger des Euroraums die Geldscheine und -stücke in Euro erst ab dem 1. Januar 2002 nutzen. Zunächst war der Euro gemeinsames Zahlungsmittel in 12 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, 5 weitere Staaten kamen hinzu und 7 weitere sollen in den nächsten Jahren hinzu stoßen. Darüber hinaus ist die Währung vieler anderer Staaten mit dem Euro verbunden. Der Euro ist eine wichtige Währung für den internationalen Handel wie auch für Währungsreserven von Drittstaaten; die europäische Währung konnte im Laufe der Jahre in ihrer internationalen Bedeutung mit dem Dollar gleichziehen... [Fortsetzung](#)

Neuverteilung der Direktoriumsposten der EZB



Am 3. Januar veröffentlichte die Europäische Zentralbank die Neuverteilung ihrer Direktoriumsposten. Chefvolkswirt ist ab sofort der Belgier Peter Praet, dieser wichtige Posten war bisher immer von Deutschen besetzt. Der Franzose Bernard Coeuré wird ab März für sämtliche Marktaktivitäten zuständig sein. Jörg Asmussen wird als deutsches Direktoriumsmitglied unter anderem für internationale und europäische Beziehungen zuständig sein... [Fortsetzung](#)

#### Deutschland :

Thomas Steffen, neuer Finanzstaatssekretär an der Seite von Wolfgang Schäuble



Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble ernannte am 2. Januar einen Nachfolger für den Staatssekretär Jörg Asmussen, der eine Schlüsselfigur bei den Rettungsbemühungen in der Eurozone darstellte und ab 1. Januar zur EZB gewechselt ist. Sein Nachfolger im Finanzministerium ist Thomas Steffen, 50 Jahre alt, der seit Oktober 2010 Abteilungsleiter der Europaabteilung war. Zuvor war Thomas Steffen Mitglied im Direktorium der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und dort für die Versicherungs- und Pensionsfondsaufsicht zuständig... [Fortsetzung](#)

Bilanz des ersten deutsch-französischen Treffens in diesem Jahr



Am 9. Januar traf der französische Präsident Nicolas Sarkozy in Berlin die Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einem gemeinsamen Arbeitessen, um die kommende europäische Ratssitzung am 30. Januar in Brüssel vorzubereiten. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz kündigte der französische Präsident eine baldige Einführung der Transaktionssteuer bereits vor den übrigen europäischen Partnern an, um mit gutem Beispiel voran zu gehen. Angela Merkel und Nicolas Sarkozy waren sich darin einig, dass die ausgehandelten Vertragsänderungen, die auch die Schuldenbegrenzung betreffen, vor dem 1. März unterzeichnet werden können. Sie sprachen sich darüber hinaus dafür aus, dass aktuell noch vorhandene europäische

Finanzmittel vorzugsweise zur Schaffung von Arbeitsplätzen genutzt werden sollen, wie zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen und zur Stärkung von Innovation... [Fortsetzung](#)

#### Dänemark :

##### Dänische Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union



Am 1. Januar hat Dänemark die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union für die kommenden 6 Monate übernommen. Die Prioritäten sind nach den Angaben der dänischen Regierung die Fortführung der Bemühungen um Haushaltskonsolidierung, die 2011 in die Wege geleitet wurden, ferner die Fortführung der Verhandlungen betreffend den europäischen Haushalt für den Zeitraum 2014-2020, eine Redynamisierung der europäischen Wirtschaft durch nachhaltige Entwicklung und Informations- und Kommunikationstechnologie, wie auch eine Stärkung der Sicherheit der Außengrenzen der Europäischen Union... [Fortsetzung](#)

#### Spanien :

##### Verlängerung der Auslandseinsätze um ein Jahr



Der spanische Ministerrat, der am 30. Dezember zusammen trat, stimmte für eine Verlängerung der Auslandseinsätze der spanischen Armee um ein Jahr. Die spanische Armee ist aktuell an 5 Auslandseinsätzen beteiligt: in Afghanistan (ISAF/NATO), im Libanon (FINUL), in Bosnien-Herzegowina (EUFOR Althea), im Indischen Ozean (EUNAVFOR) im Kampf gegen Piraten und in Uganda (EUTM-Somalia) zur Ausbildung somalischer Soldaten. Das Mandat endet am 31. Dezember 2012... [Fortsetzung](#)

#### Frankreich :

##### Treffen zwischen Nicolas Sarkozy und Mario Monti



Der französische Präsident Nicolas Sarkozy empfing am 6. Januar den italienischen Premierminister Mario Monti zu einem Gespräch über die Situation in der Eurozone. Am Ende des Treffens fand eine gemeinsame Pressekonferenz statt, auf der Mario Monti erklärte, dass Rom "für 2013 einen ausgeglichenen Haushalt anstrebt und einen Einnahmeüberschuss in Höhe von 5% ebenso für 2013". Nicolas Sarkozy erklärte: "Italien und Frankreich stimmen vollkommen überein, was die Zukunft Europas und die Art und Weise der Lösung der Krise (...) der Eurozone angeht." Er fügte unter anderem hinzu, dass er am 20. Januar gleichzeitig mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel nach Italien reisen wird... [Fortsetzung](#)

#### Griechenland :

##### Parlamentswahlen in Griechenland im April 2012



In Griechenland werden Ende April vorgezogene Neuwahlen stattfinden, wie der griechische Finanzminister Evangelos Venizelos am 27. Dezember 2011 ankündigte. Er fügte hinzu, dass sich die Zukunft des Landes während der nächsten Monate entscheiden werde, je nachdem, wie der Entschuldungsplan umgesetzt werden könne. Der Minister erklärte: "Die Wahlen werden nach Ostern, Ende April, stattfinden"... [Fortsetzung](#)

#### Ungarn :

##### Neue Verfassung in Kraft



Die neue ungarische Verfassung ist am 1. Januar in Kraft getreten. Die Präambel betont die Bedeutung des Christentums für die Entstehung der nationalen Identität. Die neue Verfassung beschränkt die Kompetenzen des ungarischen Verfassungsgerichts; die Kompetenz zur Verwerfung eines Gesetzesvorhabens zu Finanz- oder Haushaltsfragen ist stark eingeschränkt. Kommunale Mandatsträger haben keine Möglichkeit mehr, sich im Falle von Rechtsverletzungen an das Verfassungsgericht zu wenden. Die Einigung eines "Haushaltsrates", der aus nicht gewählten Mitgliedern besteht, ist von nun an

Voraussetzung vor der Haushaltsverabschiedung durch das Parlament. Das Parlament kann aufgelöst werden, falls der Haushalt nicht bis zum 31. März des laufenden Jahres verabschiedet ist. Darüber hinaus sind die Möglichkeiten zur Einberufung eines Referendums beschränkt worden. Die Einschränkungen in der neuen ungarischen Verfassung sorgen innerhalb der Europäischen Union für Beunruhigung... [Fortsetzung](#)

#### Italien :

##### Senatoren stimmen dem Anti-Krisenplan Montis zu



Am 22. Dezember haben die italienischen Senatoren definitiv dem Sparplan der Regierung Mario Montis zugestimmt. Die Zustimmung erfolgte mit einer überwältigenden Mehrheit von 257 Stimmen bei 41 Gegenstimmen. Vor der Abstimmung erklärte Mario Monti vor den Senatoren, dass dieser "extreme Notfallplan" Italien erlauben wird, "sich der Krise erhobenen Hauptes entgegen zu stellen"... [Fortsetzung](#)

#### Lettland :

##### Referendum am 18. Februar



Lettland wird am 18. Februar ein Referendum über die Anerkennung von russisch als zweiter offizieller Amtssprache abhalten, wie die lettische Wahlkommission (CVK) am 3. Januar mitteilte. Es konnten im Vorfeld über 180 000 Unterschriften für die Abhaltung eines solchen Referendums gesammelt werden, womit die Mindestzahl von 154 379 weit überschritten wurde - notwendig sind 10% der Wählerschaft Lettlands, das insgesamt 2,2 Millionen Einwohner hat. Die Sprache ist in Lettland oft Gegenstand von Streitigkeiten, ungefähr ein Drittel der Einwohner spricht russisch, eine Folge der 50 jährigen Kolonisation durch Moskau... [Fortsetzung](#)

#### Slowenien :

##### Schiedsverfahren über den Grenzverlauf Kroatiens



Die Außenminister Sloweniens und Kroatiens haben sich am 10. Januar in Brüssel getroffen, um Details für die Einsetzung eines Schiedsgerichts zu klären, das den lange andauernden Grenzstreit entscheiden soll, wie die slowenische Regierung am 4. Januar bekannt gab. Der europäische Kommissar, der für Fragen der Erweiterung zuständig ist, Stefan Füle, schlug eine Dreierkonferenz mit dem slowenischen Außenminister Samuel Zbogar und seinem Amtskollegen Vesna Pusic vor. Ziel der Konferenz ist der Abschluss einer Einigung bezüglich der Einsetzung des Schiedsgerichts zur Regelung des Grenzstreits, der bereits seit 20 Jahren andauert... [Fortsetzung](#)

##### Zoran Jankovic als Premierminister vorgeschlagen



Der slowenische Präsident Danilo Turk ernannte am 5. Januar Zoran Jankovic, den Bürgermeister von Ljubljana, zum Premierminister; Turks mitte-links-Partei, Positives Slowenien, hatte am 4. Dezember überraschend die Wahlen gewonnen. Zoran Jankovic teilte am 7. Januar mit, dass er eine politische Einigung herbeiführen konnte zur Bildung einer Regierung mit drei weiteren Parteien: mit der sozialdemokratischen Partei des früheren Premierministers Borut Pahor, mit der Partei der Bürgerliste von Gregor Virant mit der Rentnerpartei DESUS. Das Parlament muss am 11. Januar über die Nomination Jankovics abstimmen; Zoran Jankovic hat daraufhin 15 Tage Zeit zur Bildung einer neuen Regierung, die ihre Arbeit voraussichtlich Ende Januar aufnehmen wird, nach Zustimmung des Parlaments... [Fortsetzung](#)

#### Weißrussland :

##### Freiheiten weiter eingeschränkt



In Weißrussland sind am 6. Januar neue Regelungen in Kraft getreten zur Einschränkung der Internetnutzung. Der Zugang zu Seiten der Opposition wird begrenzt unter der Androhung von Strafen für Förderer des Zugangs, wie Cybercafés, falls diese es unterlassen, die Personalien ihrer Nutzer zu registrieren. Nach dem Gesetzestext

können die staatlichen Autoritäten eine schwarze Liste verbotener Seiten erstellen, falls diese pornographische, gewalttätige oder extremistische Inhalte verbreiten. Staatlichen Institutionen und Universitäten ist es ab sofort verboten, diese Seiten zu öffnen. Cybercafés und andere Orte, an denen ein Internetzugang bereit gestellt wird, sind unter Androhung von Strafe verpflichtet, Daten über ihre Kunden für die Dauer eines Jahres zu speichern, um sie bei Bedarf der Polizei zur Verfügung stellen zu können. Gleiche Regelungen gelten laut Gesetz auch für die Internetanbieter für private Haushalte... [Fortsetzung](#)

## Bosnien-Herzegowina :

### Einigung auf neue Zentralregierung in Bosnien-Herzegowina



Die politischen Führer der drei Hauptgruppierungen in Bosnien-Herzegowina (Serben, Kroaten und Muslime) einigten sich am 28. Dezember auf die Bildung einer Zentralregierung, wodurch die 14 Monate andauernde politische Krise beendet wurde und die Annäherung an die Europäische Union fortgeführt werden kann. Die Führer einigten sich darüber hinaus auf die Umsetzung zweier Reformen, die von der Europäischen Union gefordert worden waren, hierbei handelt es sich um Gesetzesvorhaben zur Erfassung und Verteilung von Staatssubventionen. Die 9 Ministerien werden auf die 6 Parteien, die die drei Hauptgruppierungen vertreten, aufgeteilt werden. Der Premierminister wird ein Kroatier sein, der Posten des Außenministers wird mit einem Bosnier besetzt werden und der des Wirtschaftsministers mit einem Serben. Das bosnische Parlament wird am 12. Januar zusammen kommen, um Vjekoslav Bevanda als designierten Premierminister im Amt zu bestätigen... [Fortsetzung](#)

## Kroatien :

### Neue kroatische Regierung



Das kroatische Parlament hat der neuen Regierung unter dem Premierminister Zoran Milanovic am 23. Dezember das Vertrauen ausgesprochen mit 89 Ja-Stimmen bei 28 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen. Die Regierung, die aus 17 Ministern besteht - unter ihnen 3 Frauen - hat ihre Absicht erklärt, die öffentlichen Ausgaben zu reduzieren und möglichst schnell ein Sparpaket zu verabschieden... [Fortsetzung](#)

## Russland :

### Große Proteste gegen das Regime von Wladimir Putin



Das Ende des Jahres 2011 verlief in Russland sehr turbulent; es fanden eine Vielzahl von Demonstrationen mit bisher unbekanntem Ausmaß statt, die sich gegen die absehbare Wiederkehr Wladimir Putins an die Spitze des Landes richteten bei dem entsprechenden Wahlergebnis am 4. März diesen Jahres. Neue Proteste werden erwartet und sind bereits für den 4. Februar angekündigt. Am 7. Januar sprach sich der Vorsitzende der russisch-orthodoxen Kirche, Patriarch Kirill, gegen eine "Manipulation" der Demonstranten aus, ebenso rief er die Regierung dazu auf, die politische Richtung zu ändern und sich dem Volksbegehren zu stellen. Kirill erklärte, dass "es ein sehr schlechtes Zeichen" wäre, falls "die öffentlichen Autoritäten unbeeindruckt blieben"... [Fortsetzung](#)

## Schweiz :

### Eveline Widmer-Schlumpf ist neue Bundespräsidentin der Schweiz für 2012



Am 1. Januar begann die einjährige Amtszeit von Eveline Widmer-Schlumpf als Bundespräsidentin, sie ist Nachfolgerin von Micheline Calmy-Rey. In der Schweiz wird jedes Mitglied des Bundesrates, der Schweizer Exekutive, turnusgemäß für ein Jahr Präsident(in) des Rates. Eveline Widmer-Schlumpf leitet darüber hinaus das Eidgenössische Finanzdepartement... [Fortsetzung](#)

## Ukraine :

## Ehemann von Julia Timoschenko erhält politisches Asyl in Tschechien



Der Ehemann der ehemaligen Premierministerin der Ukraine, Julia Timoschenko, die zu sieben Jahren Haft wegen Machtmissbrauchs verurteilt wurde, erhält politisches Asyl in Tschechien, wie der tschechische Innenminister Jan Kubice am 6. Januar bekannt gab. "Herr Timoschenko hat vor einigen Monaten beim tschechischen Innenministerium einen Antrag auf die Gewährung politischen Asyls gestellt und seinem Antrag wurde stattgegeben", erläuterte der Minister der Presse. Wie die Oppositionspartei "Batkiwschtschina" ("Vaterland") am selben Tag auf ihrer Internetseite veröffentlichte, war "der Ehemann Julia Timoschenkos, Alexander Timoschenko, [...] gezwungen, die Ukraine zu verlassen und die Regierung Tschechiens um Asyl zu bitten"... [Fortsetzung](#)

## OSZE :

### Irländische Präsidentschaft



Seit dem 1. Januar hat Irland turnusgemäß die Präsidentschaft der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) übernommen. Eamon Gilmore, Vizepräsident und Außenminister, betonte die 3 Prioritäten Irlands während der Präsidentschaft: die Konfliktlösung, verstärkte Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten und mehr Freiheit in der Informationstechnologie... [Fortsetzung](#)

## Eurostat :

### Inflationsrate in der Eurozone voraussichtlich bei 2,8%



Nach einer am 4. Januar von Eurostat veröffentlichten Prognose ist die Inflationsrate im Dezember 2011 im Vergleich zum Vormonat leicht rückläufig; sie ist von 3% auf 2,8% gesunken... [Fortsetzung](#)

### Arbeitslosenquote in der Eurozone bei 10,3%



Nach neuesten Zahlen, die am 6. Januar von Eurostat veröffentlicht wurden, betrug die Arbeitslosenquote im November 2011 in der Eurozone 10,3% und bezogen auf die gesamte Europäische Union 9,8%. Im Vergleich zum Vormonat gab es keinen Anstieg, bezogen auf das gesamte Jahr ist nur ein leichter Anstieg von 0,3% bzw. von 0,2% zu verzeichnen. Österreich, Luxemburg und die Niederlande sind am wenigsten von Arbeitslosigkeit betroffen, demgegenüber leiden Spanien, Griechenland und Litauen unter der höchsten Arbeitslosigkeit. Die größten Anstiege verzeichnen Spanien, Griechenland und Zypern (3 bis 5% höhere Arbeitslosigkeit), den größten Rückgang an Arbeitslosigkeit weisen Estland, Lettland und Litauen auf (3 bis 5% weniger Arbeitslose)... [Fortsetzung](#)

## Eurobarometer :

### Die europäischen Bürger sehen die EU als Teil zur Lösung der Krise



Am 22. Dezember veröffentlichte Eurobarometer die Ergebnisse einer Umfrage zur wirtschaftlichen Situation vom Herbst 2011. Nach den Umfrageergebnissen bleibt die europäische Union der glaubwürdigste Akteur zur Krisenbewältigung, vor den nationalen Regierungen. Auf die EU folgen die G20 und der Internationale Währungsfonds. Darüber hinaus erklären sich die Befragten überwiegend zufrieden mit ihrer finanziellen Situation, obwohl es hier große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern gibt: in Griechenland erklärten sich nur 24% zufrieden mit der Situation, demgegenüber gab es eine Zufriedenheitsquote von über 85% in den nordeuropäischen Ländern (Schweden, Dänemark, Finnland und Niederlande). Die Mehrheit der Befragten gibt an, nicht mit einem baldigen Ende der Krise zu rechnen und dass sich die Auswirkungen auf die Beschäftigung noch verstärken werden... [Fortsetzung](#)

## Berichte/Studien :

### Welche Rolle kann die Europäische Union innerhalb der G20 spielen?

Das finnische Institut für Internationale Beziehungen (FIIA) hat eine



Studie veröffentlicht zum Thema: "Europe's declining role in the G-20: what role for the EU in the club of the most important powers?" ("Europas abnehmende Bedeutung in der Gruppe der G20: Welche Rolle kann die EU im Club der wichtigsten Mächte einnehmen?") Der Autor analysiert die Möglichkeiten für die Europäische Union, die sich aus dem G20-Gipfeltreffen in Cannes ergeben, um Europas Leadership innerhalb der Gruppe zu stärken... [Fortsetzung](#)

#### Auf dem Weg zu mehr Föderalismus?



Das Europakolleg Brügge hat soeben die 20. Nummer seiner Reihe "Cahiers politiques" veröffentlicht. Die Ausgabe mit den Herausgebern Laurie Buonanno und Neill Nugent erscheint unter dem Titel "Explaining the EU's Policy Portfolio: applying a Federal Integration Approach to EU Cohesion Policy". Die Studie plädiert für einen neuen Ansatz zur Analyse der europäischen Politik, der auf dem Konzept der "föderalen Integration" beruht... [Fortsetzung](#)

#### Kultur :

##### Mondrian: Die perfekte Harmonie



Der Vittoriano-Bau in Rom präsentiert bis zum 29. Januar 2012 die Ausstellung: "Mondrian, die perfekte Harmonie". Die Ausstellung vereint 70 Gemälde, Zeichnungen und Ölgemälde, die die faszinierende Entwicklung des Künstlers Piet Mondrian demonstrieren, holländischer Natur- und Landschaftsmaler des 20. Jahrhunderts... [Fortsetzung](#)

##### Ai WeiWei



Bis zum 18. März widmet der Martin-Gropius-Bau dem chinesischen Künstler Ai Weiwei eine Ausstellung mit dem Titel "Ai Weiwei in New York". Im Rahmen der Ausstellung werden über 220 Photos in schwarz-weiß des chinesischen Künstlers gezeigt, die Ausschnitte seines Lebens wie auch die Künstlerszene New Yorks in den Jahren 1983 bis 1993 abbilden... [Fortsetzung](#)

##### Europäische Kulturhauptstädte



Die Städte Guimarães in Portugal und Maribor in Slowenien sind die europäischen Kulturhauptstädte 2012. Beide Städte haben zu diesem Anlass ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm vorgesehen. In Maribor wird der offizielle Beginn des Kulturjahres am Wochenende vom 13. bis zum 15. Januar 2012 gefeiert mit Musik, Theater und Tanzveranstaltungen. Guimarães wird am 21. Januar mit den Feierlichkeiten beginnen mit einem Theaterstück und mit einem Open-air-Multimediaevent. Die kommenden europäischen Kulturhauptstädte im Jahr 2013 werden Marseille in Frankreich und Kosice in der Slowakei sein... [Fortsetzung](#)

#### Agenda :



11. Januar

Treffen zwischen der Europäischen Kommission und der Regierung Dänemarks



16.-19. Januar

Straßburg

Sitzungswoche des europäischen Parlaments

20  
Jan

20. Januar  
Gipfeltreffen Paris - Berlin - Rom

22  
Jan

22. Januar  
Präsidentenwahlen in Finnland (1. Wahlgang)  
Referendum über den Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union

23  
Jan

23. Januar  
Brüssel  
Ratssitzung "Landwirtschaft-Fischerei"  
Brüssel  
Treffen der Eurogruppe

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

#### Die Redaktion des Newsletters :

Magali Balent, Pauline Massis Desmarest, Inga Groth, Charles de Marcilly, Pierre Thibaudat ;  
Katrin Gebhard, Venise Ollivier, Marion Zosi.

**Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest**  
**Publikationschef : Pascale Joannin**

Kontakt / Anmerkungen  
[info@robert-schuman.eu](mailto:info@robert-schuman.eu)

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge.  
Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}